



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cl., G.: Unsre Aufgabe

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Unsre Aufgabe



ie innerpolitische Lage hat sich seit dem 1. Juli dieses Jahres zweifellos geklärt. Der frische Wind, den wir vor drei Monaten allenthalben in der bürgerlichen Gesellschaft feststellen konnten, hat uns nicht getäuscht. Die deutsche bürgerliche Gesellschaft hat sich tatsächlich aufgerafft, und zwischen den beiden materialistischen Parteien der extremen Linken und der Sozialdemokraten strebt ein sich selbst bewußt gewordnes Bürgertum mächtig empor. Dieses Bürgertum ist konservativ und demokratisch zugleich. Bewußt oder unbewußt gleicht es in der Politik Standes- und Vermögensunterschiede aus, gegenüber dem Streben, das Vaterland und damit die Nation in allen ihren Teilen gesund, arbeitsfähig, machgebietend zu sehen. Dieses hohe Ziel vereinigt alle vaterländisch gesinnten Kreise: Edelmann und Bauer reichen sich ebenso die Hand wie der Millionen bewegende Bankier dem Handwerker, und der selfmade man, dessen einzige Tradition das rücksichtslos arbeitende Genie ist, trifft sich mit dem Träger jahrhundertelanger Überlieferung in dem Wunsche, die Nation voran zu bringen. Sawohl! Es geht ein gewaltiges, Glück verheißendes Wehen durch die deutschen Lande.

Diese glückliche Zuversicht kann uns nicht geraubt werden durch das Sammern jener kleinen bisher herrschenden Teile der Bevölkerung, denen es ein engherziger Egoismus verbietet, der Nation zu dienen. Ihr Wehklagen wäre nur dann gefährlich, wenn es wesentliche Teile der bürgerlichen Gesellschaft und zwar die konservativeren wieder einschläfern und von der Teilnahme an der Politik zurückdrängen könnte. Liegt die Gefahr vor? Heute noch nicht. Wir sind von der Zuversicht erfüllt, daß die „Partei der Nichtwähler“ noch nicht wiederhergestellt ist. Wir haben das Vertrauen in den gesunden Sinn unsrer obern und feiner empfindenden Schichten, daß diese Rückbildung auch nicht sobald wieder eintreten wird. Zu unvorsichtig haben die Herren der Kreuzzeitung und der Deutschen Tageszeitung ihr wahres Wesen enthüllt, zu frivol sind sie mit den Gesetzen der politischen Moral umgesprungen, als

daß sie bald wieder auf das Vertrauen weiterer konservativer Kreise rechnen könnten.

Wir tragen uns nicht mit der Absicht, das Bild jener Kreise um Heydebrand heute erneut vor dem Auge der Grenzbotenleser zu entrollen. Auch wollen wir ihre ultramontanen Bundesgenossen nicht noch einmal vorstellen. Beide sind in den letzten Nummern der Grenzboten von berufenen Federn naturgetreu gekennzeichnet worden. Aber wir möchten noch einen letzten Strich zu ihrer Charakterisierung hinzufügen. Wir möchten auf den zweiten Bundesgenossen der führenden Großagrarien, auf die Polen hinweisen. Die Polenfraktion, eine auf dem demokratischen Bekenntnis fußende Organisation, hat eine der ältesten demokratischen Forderungen, die erhöhte Besteuerung des Besitzes, abgelehnt in dem Augenblick, als eine Regierung die Durchführung der Steuerart als für das Wohl des Landes unerlässlich bezeichnete. Die Kreuzzeitung schrieb mit Bezug auf das Zentrum, die Deutschkonservativen hätten doch ihre politische Anschauung nicht opfern können, lediglich weil sie zufällig auch vom Zentrum geteilt wurde. Zweifellos ist diese Beweisführung unter gewissen Voraussetzungen stichhaltig. In dem vorliegenden Falle fehlen aber die Voraussetzungen dafür, und so brauchen auch wir sie nicht gelten zu lassen. Denn das geschärfte nationale Bewußtsein, das gerade die Kreise der Kreuzzeitung mit so großem Prunk zur Schau tragen, mußte unbedingt die Frage nach den Gründen auftauchen lassen, die das Zentrum auf die Seite der Konservativen geführt haben. Mußte nicht jeder deutsche Mann stutzig werden, als ihn plötzlich eine Partei umbuhlte, die über den Reichsgedanken den kirchlichen Internationalismus stellt? Die Kreuzzeitung meint, nein! Nun, die Gaben des Scharfsinns sind verschieden verteilt. Aber fragen wir weiter: mußte der törichteste, verschlafenste Ignorant nicht stutzig werden, als plötzlich hinter der Soutane auch die Konfederatka auftauchte?! Mußte es den „Stützen von Thron und Altar“ angesichts ihrer neuen Bundesgenossen nicht bänglich ums Herz werden?

Sollte wirklich niemandem in der Leitung der deutschkonservativen Partei das Gewissen geschlagen haben, als die demokratische Polenfraktion, entgegen den sozialen und wirtschaftlichen Interessen gerade der Mehrzahl ihrer Wähler, gegen die Erbanfallsteuer stimmte? Wir können und brauchen es nicht zu glauben. Wenn sich heute eine linksfreisinnige Gruppe in irgendeiner Frage mit den Polen verbände, die uns für die Wohlfahrt des Reichs schädlich erschiene, so müßten wir ihr doch Gutgläubigkeit zubilligen, nicht aber der deutschkonservativen Partei. Die Freisinnigen glauben an eine Loyalität der Polen und glauben nicht an den Wunsch der Polen, auf Kosten Preußens ein eignes Reich aufzurichten zu wollen. Infolgedessen können sie auch in den Polen reichstreue Bürger sehen. Nicht so die deutschkonservative Parteileitung. Sie sieht in den Polen von jeher geborne Staatsverräter; sie hat ebendeshalb

stets einen weit sichtbaren Platz im Kampf gegen die polnischen Ambitionen eingenommen. Ja sie hat sich nicht einmal damit begnügt. Die konservative Partei hat auch bewiesen, daß sie alle Einzelheiten des polnischen Kampfes kennt, und man muß ihr das Zeugnis ausstellen, daß sie im Laufe der letzten vierzig Jahre die besten Untersuchungen über die Polenfrage gebracht hat, die sich überhaupt in der deutschen Tagespresse finden. Die Kreuzzeitung ist eine Fundgrube für den ernstesten Erforscher der Polenfrage. Infolgedessen müssen auch ihre Leiter vorzüglich über die Frage unterrichtet sein. Sollten nun die Kreise, die den Tendenzen der polnischen Politik seit Jahren bis in die feinsten Kanäle gefolgt sind, wirklich gerade die wichtigste Tendenz übersehen haben? Sollten gerade ihnen, den Führern der deutschkonservativen Partei, die Namen der Wielopolski, Lelewel, Szczebanowski, und wie sie alle heißen mögen, unbekannt geblieben sein? Sollte man in der Parteileitung der Deutschkonservativen wirklich nicht das oberste Ziel der polnischen Politik, die Unterminierung des preußischen Staates, kennen? Für den Fall, daß es so ist, möge an einige Daten erinnert werden. Schon im Jahre 1841 warnte Marquis Wielopolski den Posener Adel, sich in Gegensatz zur Krone zu bringen und die liberalen Forderungen nach einem demokratischen Wahlrecht zu unterstützen. Nur die Erhaltung der Standesunterschiede könne der polnischen Nationalität dienlich sein, schrieb er an Helcel, während die Gleichstellung der Stände zum Untergange der Polen im Deutschtum führen müsse. Natürlich ließen die Polen ihre liberalen Wünsche zurücktreten und schlossen sich eng an die Reaktion an, um später um so lebhafteren Anteil an der Revolution zu nehmen. Im Jahre 1846 forderte derselbe Wielopolski zum Anschluß an die slawische Welt unter Führung Rußlands mit der ausgesprochenen Absicht, das Deutschtum besser bekämpfen zu können. Im Kriege gegen Frankreich sind nach einem amtlichen Dokument nicht weniger als 1750 polnische Edelleute zu den französischen Fahnen geeilt, um den „verhaßten Preußen“ zu schlagen. Zahlreiches Material findet sich für unsre Auffassung der polnischen Politik in Wagners „Polenspiegel“, dessen Erscheinen in der Kreuzzeitung ebenso wie in der Deutschen Tageszeitung seinerzeit gefeiert wurde. Und trotz dieser Kenntnis scheut man sich nicht, die Polen zu Bundesgenossen zu wählen.

Welche Gründe zu dieser Taktik maßgebend waren, ist an dieser Stelle schon eingehend erörtert worden.

In der Tat, es sind durchaus nicht konservative Leitsätze gewesen, die bei den letzten Verhandlungen im Reichstag die Richtung angegeben haben. Wenn wir von den speziellen, den Fürsten Bülow betreffenden Gründen absehen, so haben lediglich materialistische Klassenmotive im Vordergrund gestanden — genau dieselben Motive, mit denen die Sozialdemokraten die ungebildete Arbeiterbevölkerung fördern — genau derselbe Klassenegoismus, den die Kreuzzeitung stets als Vorläufer des Zusammenbruchs

gebrandmarkt hat, den sie mit Recht als antimonarchisch und staatsfeindlich hinstellte! Wohin ein solcher überspannter Egoismus, noch dazu wenn er die herrschende Klasse erfaßt hat, führt, lehrt uns die Geschichte an zahlreichen Beispielen. Wir erinnern nur an die Vorgeschichte der großen Revolution in Frankreich und an das Verhalten der polnischen Magnaten während des vierjährigen Reichstags. Die polnischen Magnaten schlossen sich lieber an Rußland, an den damals gefährlichsten Gegner des nationalen Polenstaats an, als daß sie bereit gewesen wären, den Staat durch ihren materiellen Besitz zu stützen. Überhaupt bietet das Verhalten der polnischen Junker von damals und das der Männer um Heydebrand zahlreiche, nicht eben erfreuliche Analogien. Wir wollen das nur noch einmal feststellen, nachdem es in der Täglichen Rundschau eingehender behandelt worden ist.

Der konservativen Parteileitung sind alle diese Vorhaltungen natürlich höchst unangenehm. Aber da man keine entschuldigenden Tatsachen für sich vorbringen kann, gilt es den unbequemen Gegner zu verächtigen. So werden die Ausführungen der Grenzboten von den Betroffenen als Ausgeburt des Hasses oder milder als „liberale“ Anschauungen bezeichnet. Ferner soll zahlreichen nationalen Konservativen im Lande eingeredet werden, die Grenzboten gingen darauf aus, dem Freisinn zum Siege zu verhelfen. Man hat unser Blatt nicht nur ein „nationalliberales“ genannt, man nannte es „linksliberal“, um die Wucht unserer Anklagen zu entkräften. Demgegenüber scheint es uns am Plage, heute ausdrücklich festzustellen, daß die schärfsten und treffendsten Angriffe gegen die konservative Parteileitung — denn nur um die Parteileitung handelt es sich — nicht von Liberalen erhoben sind, sondern von konservativen Männern, und daß gerade unser Artikel in Nummer 36, der so großes Aufsehn erregte, von einem bekannten konservativen Publizisten verfaßt wurde. Es gilt uns nicht, konservative Anschauungen zurückzudrängen, im Gegenteil, es gilt uns, den konservativen Idealismus, der tatsächlich überall noch vorhanden ist, aber durch die Heydebrand, Dertel und Genossen unterdrückt worden ist, zu seinem politischen Rechte zu verhelfen. Dazu aber war es nötig, den Heuchlern die Kappe vom Gesicht zu reißen. Daß wir damit das Rechte trafen, beweisen uns zahlreiche Zuschriften aus gebildeten konservativen Kreisen und beweist uns die Tatsache, daß der Artikel „Auf dem Weg zum neuen Bloß“ nicht weniger als fünftausend Nachbestellungen erfahren hat. Das ist doch ein Zeichen, daß er gerade in den konservativen Kreisen die Gefühle ausgelöst hat, die gegenüber dem Verhalten der Parteileitung nach Ausdruck rangen.

Wenn wir aber nicht die Absicht haben, konservative Anschauungen zurückzudrängen, so liegt uns ebensowenig daran, die liberalen Ideale aus der Politik verschwinden zu sehen. Der deutsche Reichsgedanke ist ein Ergebnis liberaler Weltanschauungen. Infolgedessen begrüßen wir die sich vorbereitende Einigung der linksliberalen Parteien mit besonders großer Freude. Die Nation kann

nur gewinnen, wenn einer Organisation, wie dem Zentrum, eine solche entgegengestellt wird, die alle mittelalterlichen Tendenzen im Volke bekämpft. Aber nicht nur die Durchführung dieser Aufgabe ist es, die uns die linksliberale Einigung begrüßen läßt. Die Einigung zeigt auch, wie weit das politische Verständnis in den himmelstürmenden Kreisen an festem Boden gewonnen hat. Die Einigung zeigt die Fähigkeit zur Teilnahme an der Leitung des Staates, von der der Freisinn noch vielfach absehen mußte. Die Einigung wird es möglich machen, daß die extremen Forderungen einzelner Stürmer durch sachliche Erörterung lebensfähig gemacht werden zum Heile des Ganzen. Viele gute und gesunde Ideen der Linksliberalen konnten bisher nicht anders als hemmend auf die politische Entwicklung wirken, weil sie nicht an die bestehenden realen Verhältnisse anknüpften, sondern diese übersahen. Nach der Einigung der Linksliberalen wird das politische Leben zweifellos an Stetigkeit gewinnen, die politischen Auseinandersetzungen in der Presse werden sachlicher sein, und der Liberalismus wird im Bewußtsein seines guten Könnens in Ruhe auf dem Wege praktischer Arbeit voranschreiten, auf dem ein Zusammengehen mit den Konservativen nicht nur möglich, sondern selbstverständlich ist!

Freilich wäre es traurig, wenn die linksliberale Einigung das einzige Ergebnis der letzten Krisis bleiben sollte. Gewiß bieten Hansabund und Bauernbund ein gewisses Gegengewicht gegen allzu liberales Vorwärtsstürmen. Aber diese beiden Organisationen verfolgen doch in erster Linie wirtschaftliche Zwecke und bilden somit eine Fortsetzung der materialistischen Entwicklung, wie es der Bund der Landwirte ist, und der unter anderm die konservative Partei unterlegen ist. Das Ziel der modernen politischen Parteibildungen muß es sein, daß neben dem Materialismus auch der Idealismus zu Worte komme. Steht bei den Linksliberalen der Einzelmensch als Objekt der Gesetzgebung an der ersten Stelle, so steht bei uns die Nation an dieser Stelle. Die Nation, die nicht allein umfassen will das evangelische Deutschtum, sondern die Nation, die gebildet wird aus allen Angehörigen des Deutschen Reiches, ohne Rücksicht auf ihre Stammeszugehörigkeit und ihren Glauben. Hier ist die Aufgabe, die die Idealisten aus dem konservativen und liberalen Lager einigt. Hier ist der Boden, auf dem konservative und liberale Männer Hand in Hand schreiten können. Mögen die wirtschaftlichen Interessen von den entsprechenden Organisationen vertreten werden, aber mögen sie untergeordnet sein dem ideellen Streben für die Wohlfahrt und die Größe des Vaterlandes.

Berlin, Ende September 1909

G. C.

